

ANGELIKA TIMM

Israel - Interregnum zwischen 18. und 19. Knesset

Am 15. Oktober 2012, nur wenige Stunden nach Beginn der Wintersitzungsperiode, löste sich das israelische Parlament auf. Zugleich beschloss es, die für Oktober 2013 geplanten Neuwahlen zur 19. Legislative auf den 22. Januar vorzulegen. Das ist mit den geltenden Rechtsnormen vereinbar. Laut Grundgesetz „Die Knesset“ von 1958 sollen Wahlen zum Parlament im Vierjahresrhythmus stattfinden. Die Knesset kann mit einfacher Mehrheit jedoch beschließen, das Abgeordnetenhaus vorzeitig aufzulösen und ein Volksvotum einzuleiten. In den allgemeinen, landesweiten, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlen werden laut Gesetz 120 Abgeordnete gewählt; die Sperrklausel für die Parteien bzw. Wahllisten liegt seit 1996 bei zwei Prozent (zuvor ein bzw. 1,5 Prozent). Bei der letzten Knessetwahl (10. Februar 2009) erreichten nur zwölf der von der Wahlkommission akzeptierten 33 Parteien die 2%-Grenze.

Hintergründe für die Vorverlegung der Knessetwahlen

Verkürzte Amtszeiten der israelischen Legislative und damit der Exekutive sind nicht außergewöhnlich. Seit 1949 wurden die Bürger zehnmal vor dem fälligen Termin zur Stimmabgabe aufgefordert; 1973 fanden die Wahlen, infolge des Oktoberkriegs, später als geplant statt. Auch die von der Knesset berufenen Kabinette waren häufig von nur kurzer Dauer; während der 64jährigen staatlichen Existenz wurden in Israel 32 Regierungen ins Amt eingeführt bzw. aus der Verantwortung entlassen.

Üblich war bisher, vorgezogene Wahlen als Reaktion auf eine Regierungskrise abzuhalten. Nicht so im Herbst 2012, da Benjamin Netanjahu über eine Koalition mit stabiler Mehrheit (66 von 120 Abgeordneten) verfügte. In einer Rede vor der Presse begründete der israelische Premier am 9. Oktober die Idee vorgezogener Wahlen dennoch damit, dass seinem Kabinett eine mehrheitliche Unterstützung für das Budget 2013 seitens des Parlaments verwehrt bliebe. Angesichts der geplanten Haushaltskürzungen in Höhe von 12 bis 15 Mrd. NIS ist diese Argumentation zunächst auch stimmig. Sie lässt jedoch außer Acht, dass Kompromissformeln innerhalb der Koalition hätten gefunden werden können.

Wichtiger und letztlich entscheidend war offensichtlich, dass Netanjahu befürchtete, die Verabschiedung eines rigiden Sparbudgets und die Wirkungen der allgemeinen Teuerung würden die



Plenum der Knesset in Jerusalem. Foto: Itzik Edri

für ihn z. Zt. noch relativ günstige gesellschaftliche Stimmungslage bis zum Oktober 2013 ins Negative abdriften lassen. Um ein derartiges Risiko zu vermeiden, sollte, so das *Likud*-Management, möglichst schnell ein auf „Bibi“ Netanjahu zugeschnittenes „starkes neues Kabinett“ etabliert werden, das den sich abzeichnenden innen- und außenpolitischen Infragestellungen gewappnet gegenüber treten könne, ohne dass substanzielle Positionen und Ziele der bisherigen Koalition aufgegeben werden müssten.

Das zentrale Element zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung seitens rechter Politiker ist nach wie vor die Sicherheitsfrage. „In weniger als 100 Tagen wird das Volk von Israel wissen“, so Netanjahu vor der Presse, „wer es angesichts der seit Gründung unseres Staates größten Herausforderungen für unsere Sicherheit und während der ernstesten Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren führen wird“. Es gehe darum, das Atomprogramm

des Iran und zugleich einen Niedergang der israelischen Wirtschaft, vergleichbar mit hoch verschuldeten Eurostaaten, zu verhindern (JP, 10.10.12)¹. Damit war die Weichenstellung für den bevorstehenden Wahlkampf bzw. für das Wahlprogramm des *Likud* wie auch für andere im politischen Spektrum rechts stehende Parteien vorgegeben. Im Mittelpunkt des Ringens um Stimmen werden die Beschwörung von Ängsten vor einem neuen Holocaust (die „iranische Atombombe“) und die Verteidigung der neoliberalen Wirtschafts-, Besitz- und Verteilungsstrukturen stehen. Mit dieser Agenda kann Netanjahu nahezu alle Rechts- und Zentrumsparteien - zumindest in den Grundzügen - ideell wie politisch hinter sich scharen bzw. sie als künftige Koalitionäre gewinnen.

Nicht zu übersehen war zugleich das Bemühen des gegenwärtigen politischen Establishments, das Handlungsspektrum bzw. den Zeitfaktor für die in Widersprüchen befangenen oder sich neu formierenden Parteien, vor allem im politischen Zentrum, möglichst einzuengen. Auch ein Bedeutungszuwachs für die ultraorthodoxe Partei orientalischer Juden, *Schas*, infolge der Rückkehr des ehemaligen Vorsitzenden Arie Deri in die Politik käme Netanjahu nicht gelegen, könnte die verstärkte Einflussnahme religiöser Kräfte auf künftige Regierungspolitik doch das rechtsnationale Bündnis belasten.

Zu den personellen, parteipolitischen und innergesellschaftlichen Interessenlagen für vorgezogene Wahlen kommen außenpolitische Erwägungen: Die arabischen Nachbarstaaten sind gegenwärtig und in absehbarer Zukunft mit innenpolitischen Problemen bzw. mit der Konsolidierung neu errungener Machtgegebenheiten beschäftigt. Das bietet den israelischen Rechtspolitikern ein Zeitfenster, ihre Positionen in der eigenen Gesellschaft wie auch im regionalen Umfeld zu festigen. Wie lange jedoch wird das Fenster geöffnet bleiben?

Wichtiger noch schien im Oktober der Blick auf den Wahlausgang in den USA. Benjamin Netanjahus Kalkül richtete sich darauf, möglichst bald fest im Sattel zu sitzen und von einer Position relativer Stärke aus agieren bzw. reagieren zu können, sollte Barack Obama sein Amt verteidigen und sich - nach einer „Aufwärmphase“, die bis in den Sommer 2013 hinein reichen könnte - verstärkt der Nahostproble-

matik zuwenden. Immerhin steht Obama während seiner zweiten Amtsperiode in der Pflicht, die Rechtmäßigkeit der Zuerkennung des Friedensnobelpreises nachzuweisen.

Für den Fall, dass Mitt Romney das Rennen machen sollte, hätte Netanjahu vor zwei Optionen gestanden - den Republikaner als Schirmherrn und Partner für das militärische Abenteuer gegen Iran zu gewinnen oder sich einer stärker diplomatisch orientierten Politik Romneys erwehren zu müssen. Nicht ganz unbegründet verwies unlängst der ehemalige Mossad-Chef (1998-2002), Ephraim Halevy, darauf, dass größere disziplinierende Eingriffe in die israelische Außen- und Regionalpolitik in der Regel von einer republikanischen US-Administration kamen und nicht von den Demokraten. Dem widerspricht nicht, dass sich Romney im Wahlkampf gern des Themas Israel bediente und Obama vorwarf, Alliierte wie Israel „vor den Bus geworfen“ zu haben (IHT, 25.10.12). Nach dem Wahlsieg Obamas am 7. November 2012 ist der außenpolitische Spielraum Netanjahus zumindest nicht größer geworden. Sein Votum für den republikanischen Kandidaten könnte sich als Bumerang erweisen.

Bilanz der Regierung Netanjahu

Die Bilanz der 2009 ins Amt gewählten israelischen Regierung weise für die vergangene Legislaturperiode auf der Habenseite - so der Ministerpräsident - zumindest drei positive Hauptergebnisse auf: politische Stabilität, Erhalt von Frieden und Sicherheit sowie ökonomische Solidität. Untersucht man die viel zitierten bzw. in Israel heftig diskutierten „Erfolgsebenen“ genauer, so zeigt sich ein differenziertes Bild.

Politische Stabilität

Das Parlament wurde während der gesamten Legislaturperiode durch neokonservativ-nationalistische bzw. religiös-fundamentalistische Parteien dominiert. Der politisch und national heterogenen Opposition mangelte es an zahlenmäßiger Stärke, Geschlossenheit, Bündnisfähigkeit und Durchsetzungswillen. Die Machtbasis der Exekutive war somit zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt; die Regierung konnte sich bei der Durchsetzung ihres innen- wie außenpolitischen Konzepts auf eine sichere Mehrheit im Parlament und in der Bevölkerung stützen.

¹ Pressezitate sind wie folgt gekennzeichnet: Jerusalem Post (JP); International Herald Tribune (IHT); Ha-Arez, hebr. (HA), engl. Ausgabe (Haaretz).

Zahlreiche Gesetzesinitiativen, eingebracht von Vertretern konservativer Parteien aus dem Regierungslager, unterstützt mitunter auch von Abgeordneten der Zentrumspartei *Kadima*, zielten auf die Einschränkung demokratischer Grundrechte ab. Sie suchten die Gewaltenteilung im Staat neu zu ordnen (Einengung der Befugnisse des Obersten Gerichts u. a.), die Identität und staatsbürgerlichen Rechte der arabischen Bevölkerung zu beschneiden, die Existenzgrundlagen der beduinischen Bevölkerung des Negev einzuengen oder ausländische Arbeitskräfte und ihre Familien sowie Asylbewerber auszugrenzen bzw. auszuweisen. In diesem Zusammenhang wurde in der Öffentlichkeit heftig über demokratische Grundwerte, über die Kompetenz- und Aufgabentrennung von Legislative, Exekutive und Judikative, aber auch über die Rolle der Zivilgesellschaft bzw. über akademische und Pressefreiheit gestritten. Den israelischen Demokraten innerhalb und außerhalb des Parlaments ist es letztlich zu verdanken, dass eine Reihe von Gesetzesinitiativen nicht angenommen wurde bzw. in abgeschwächter Form zur Abstimmung kam (vgl. dazu ausführlich den Newsletter des RLS-Büros Tel Aviv „Die israelische Demokratie – Bestandsaufnahme Dezember 2011“).

Das 32. Kabinett Israels, das größte und teuerste in der Geschichte des Landes, erreichte letztlich weder höhere Regierungsqualität noch eine Verschlankung des Staatsapparats. Positive Ansätze für dringend anstehende Reformen bzw. Regulierungen im Verhältnis von Staat und Religion, für Umgestaltungen im Bildungswesen oder für die angekündigte Landreform blieben ungenutzt oder wurden in ihr Gegenteil verkehrt. Der Anteil israelischer Bürger, die mit der Tätigkeit der Regierung unzufrieden waren, nahm dennoch nicht zu. Er verringerte sich laut Recherchen des *Israel Democracy Institute* von 71,5% (2010) auf 59,0% (2012); nahezu zwei Drittel, 61,5%, der jüdischen Bürger vertrauen nach wie vor dem Ministerpräsidenten (Tamar Hermann u. a.: *The Israeli Democracy Index 2012*, Jerusalem 2012 (nachfolgend IDI), S. 39 u. 42).

Nationale Sicherheit

Benjamin Netanjahu betonte mit Blick auf die Sozialdemokratie oder *Kadima* in Regierungsverantwortung

wiederholt, dass die durch ihn geführten Kabinette (1996 - 1999 und 2009 - 2012) keinen Krieg zu verantworten hätten. Auch Terroranschläge innerhalb der „Grünen Linie“ hätten sich deutlich verringert. Ist Israel somit in der Tat sicherer geworden? Konnte es die Umbrüche im arabischen Umfeld und die relative Ruhe in den palästinensischen Gebieten nach der Zweiten Intifada im nationalen Sicherheitsinteresse nutzen? Zweifel sind angebracht.

Gab es 2009 und 2010 noch Versuche des Nahostquartetts bzw. der USA-Regierung, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde zurück an den Verhandlungstisch zu bringen, so wurde die Suche nach Kompromissen in den letzten zwei Jahren, nicht zuletzt infolge fortgesetzter israelischer Siedlungsaktivitäten in den besetzten palästinensischen Territorien, faktisch beendet. Die Siedlerorganisationen, lautstark vertreten in der Knesset, erwiesen sich als *pressure groups*, die ihre Interessen weitgehend durchzusetzen vermochten. Ihrer Orientierung auf ein „Großisrael“ bzw. auf die Ein-Staats-Variante wurde wenig entgegengesetzt. Die Palästinenserfrage war und ist in Politik und öffentlichem Diskurs kaum noch präsent. Alle Schritte in Richtung der Zwei-Staaten-Formel und damit zur Schaffung einvernehmlicher Grenzen (mit Gebietsaustausch) wurden blockiert.

Nationale Sicherheit erwächst nicht nur aus militärischer Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung. Sie beruht auch auf sozialer Gerechtigkeit und innergesellschaftlicher Stabilität und nicht zuletzt auf der regionalen und internationalen Prestige- und Solidaritätskomponente. Letztgenannte Faktoren jedoch wurden seitens der Regierung Netanjahu-Lieberman-Barak weitgehend vernachlässigt. Dafür stehen zahlreiche Entscheidungen des Kabinetts. Die Abschnürung des Gazastreifens dauert an. Israel erlaubt seit Sommer 2010 zwar die Einfuhr lebensnotwendiger Güter; zu einer generellen Aufhebung der Absperrung kam es jedoch nicht. Zu Beginn des Wahlkampfes 2012 erklärte Netanjahu vielmehr, er habe Israel durch eine forcierte Politik der Abschreckung - insbesondere gegenüber Gaza - sicherer gemacht und die Politik der militärischen Zurückhaltung beendet. Auf Provokationen seitens der *Hamas* werde auch künftig mit „harter Hand“ reagiert.

Die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts, friedensorientierte Gespräche mit den Nachbarstaaten und die Verankerung Israels im Nahen Osten - unabdingbare Voraussetzungen für die nationale Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität des Landes - sind somit in weite Ferne gerückt. In der Regional- und Außenpolitik hat die Regierung einen deutlichen Rückgang des internationalen Prestiges, auch im Verhältnis zu den USA, zu verantworten. Die wenigen regionalen „Verbündeten“ (Türkei, Ägypten) zogen oder ziehen sich immer stärker von Israel zurück - nicht zuletzt infolge verfehlter Regionalpolitik (als ein Beispiel unter vielen sei der Umgang mit der Mavi Marmara-Affäre, vgl. Newsletter des RLS-Büros Israel vom 11.06.10, benannt).

Soziale Entwicklungen

„Israel ist das klassische Beispiel eines Landes, dessen makroökonomische Indikatoren gut sind, dessen meisten Haushalte jedoch nicht zur Jahresendfeier eingeladen werden“, schrieb Shlomo Swirski, der akademische Direktor des Tel Aviver *Adva Center* im Juli 2011 (*Jewish Journal*, 29.07.11). 2009 hatten die Regierungsparteien wirtschaftliches Wachstum, stärkere Privatisierung, Exportsteigerung und „soziale Gerechtigkeit“ versprochen. Die Bilanz Ende 2012 dagegen ist höchst widersprüchlich: Einerseits verweisen die Daten auf eine stabile Wirtschaft, geringe Inflation, höhere Beschäftigungsrate (330.000 neue Arbeitsplätze) und sinkende Arbeitslosigkeit (z. Zt. 5,6%) und nicht zuletzt auch auf einen professionellen Umgang mit den Wirkungen aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Zu den positiven Gegebenheiten der letzten Legislaturperiode zählt zudem die Aufnahme Israels in die OECD im Mai 2010. Andererseits vergrößerten sich die sozialen Disparitäten während der letzten vier Jahre gravierend. Israel näherte sich hinsichtlich der Parameter seiner Wirtschaftskraft zwar den westeuropäischen Staaten an, liegt bezüglich der Schere zwischen Arm und Reich jedoch nach wie vor deutlich hinter den anderen OECD-Staaten. 23,6% der israelischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (Europa 16%); 40% der Israelis geben an, mit ihrem Verdienst nur schwer überleben zu können (OECD-Durchschnitt - 24%).

Die Konzentration des nationalen Reichtums Israels in den Händen weniger Finanztycoons nimmt kontinuierlich zu. So erhöhte sich seit 2009 die Zahl der

Dollar-Millionäre um 20,6% (heute mehr als 10.000). Zwölf Milliardärsfamilien bzw. 16 große Gesellschaften kontrollieren die Hälfte aller Finanzgeschäfte des Landes und weitgehend auch den Binnenmarkt. Nach der zehn Kategorien umfassenden Stratifikationstabelle ist das Einkommen der reichsten 10% der Bevölkerung 14mal so hoch wie das des ärmsten Zehntels.

Opfer der permanenten Preissteigerungen (Wasser, Brot, Milchprodukte, Obst und Gemüse, öffentlicher Transport, Benzin u. a.) sind vor allem gering Verdienende und Sozialhilfeempfänger, jedoch auch viele Angehörige des Mittelstands, die zunehmend ins Prekariat abgedrängt werden. Während der letzten drei Jahre erhöhten sich die Mietpreise z. B. um ca. 40%. Auch 2012 hielt die Teuerung an; die Brotpreise stiegen um 6,5%, Benzin verteuerte sich um 23,5%. Die Regierung erhöhte parallel dazu die Mehrwertsteuer von 15,5% auf 17%. Hinsichtlich der Lohn-Preis-Relationen gehört Israel heute zu den teuersten Ländern des Erdballs. Nicht die Erhöhung des Lebensstandards, wie 2009 versprochen, sondern dessen Absenkung gehören somit zur Sozialbilanz der 32. Regierung.

In Reaktion auf den Pauperisierungstrend brach im Sommer 2011 eine breite soziale Protestbewegung auf. Unter der Losung „Das Volk fordert soziale Gerechtigkeit“ gingen allein an einem der Septemberabende fast eine halbe Million Israelis auf die Straße - nicht nur in der Metropole Tel Aviv, sondern auch in Haifa, Jerusalem, Beersheva, Kiryat Shmonah und vielen kleineren Orten an der Peripherie (in demographischer Relation wären das für die Bundesrepublik ca. 7 Millionen Menschen). Die nach Quantität und Qualität in Israel erstmals derart expressiv erlebte soziale Protestbewegung gab der Entwicklung der Zivilgesellschaft bzw. der Demokratie wichtige Impulse. Die Regierung reagierte mit der Berufung eines Expertenteams und mit geringen sozialen Zugeständnissen. Obwohl die Sozialproteste von 2011 seitens 86% der Bevölkerung unterstützt wurden, glauben ein Jahr danach nur noch 26% der Israelis, dass die Demonstrationen ein positives Ergebnis erbracht hätten. Dennoch konnte die Regierung die „größte innenpolitische Krise“ nahezu unbeschadet überstehen, da sie die soziale Frage durch Beschwörung der nationalen Sicherheit zu deckeln suchte bzw. zu verdrängen vermochte. Die „soziale Zeitbombe“ freilich tickt weiter. Ein „heißer Sommer 2013“ ist nicht ausgeschlossen.

Veränderungen in der Parteienlandschaft

Der Wahlkampf begann vor Bekanntgabe des neuen Abstimmungstermins. Er steht unter einem schlechten Stern, wuchs die Zahl der Politikverdrossenen doch während der vergangenen Jahre deutlich an. Untersuchungen des *Israel Democracy Institute* von September 2012 ergaben beispielsweise, dass 54,7% der jüdischen Israelis und 68,1% der arabischen Staatsbürger der Meinung sind, es gäbe für sie keine Partei, die ihre Ansichten adäquat widerspiegeln (IDI, S. 74). Das Ringen um die Unentschlossenen bzw. die potenziellen „Nichtwähler“ ist für alle Parteien bedeutsam.

Bewegungen im Parteienspektrum

Die politische Landschaft Israels war stets durch eine Vielzahl von Parteien gekennzeichnet. Dennoch dominierte bis Mitte der 1970er Jahre die israelische Sozialdemokratie; die folgenden drei Jahrzehnte waren durch die Dichotomie von Arbeitspartei (*Avoda*) und *Likud* charakterisiert. Während der 1990er Jahre erfolgte eine Fragmentierung des Parteienspektrums, getragen durch die Zuwanderung fast einer Million ehemaliger Sowjetbürger und begleitet durch das gestiegene Selbstbewusstsein der *Misrachim* (orientalische Juden). Die Regierungsbildung wurde dadurch zunehmend schwieriger. Die religiösen Parteien, als Koalitionspartner i. d. R. unabdingbar, erhöhten ihre politische Präsenz und Einflussnahme. Vor dem Hintergrund der Vereinbarungen von Oslo 1993 erhielten zudem politische Blöcke („Tauben“ versus „Falken“), geprägt durch die Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt, größere Relevanz.

Auch im Vorfeld der Knessetwahlen 2013 spielen Überlegungen hinsichtlich künftiger politischer Partnerschaften bzw. Koalitionen eine zentrale Rolle. „Der wirkliche Wahlkampf findet in Israel nicht zwischen Parteien statt, sondern zwischen Blöcken“, schrieb Uri Avnery in seiner wöchentlichen Kolumne am 13. Oktober 2012 (zope.gush-shalom.org/home/en/channels/avnery). Die israelische Presse veröffentlicht unentwegt Wahlprognosen, in denen sie einerseits den Block rechter und religiöser Kräfte und andererseits die Mitte-Links-Parteien als chancenreich verortet. Die aktuellen und potenziellen politischen „Verbündeten“ seien im Folgenden jeweils hinsichtlich ihrer Programmatik und Interessenlagen charakterisiert. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede existieren z. B.

in der Haltung zum Krieg und zum israelisch-palästinensischen Konflikt, aber auch zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie hinsichtlich des Umgangs mit der Demokratie?

Rechtsnationaler Block

In der Regierungskoalition 2009 - 2012 dominierten mit insgesamt 42 Mandaten der von Benjamin Netanjahu geführte konservativ-nationalistische *Likud* (27) und die ultranationalistische Partei *Israel Beiteanu* (15) unter Avigdor Lieberman. In der Haltung zum Krieg gegen Iran und zum israelisch-palästinensischen Konflikt gab und gibt es zwischen ihnen kaum Meinungsverschiedenheiten. Beide fordern die Vernichtung des iranischen Atompotenzials, ein Votum für ein „Großisrael“, Jerusalem als unteilbare Hauptstadt Israels, forcierte Siedlungspolitik, Zurückweisung jeder diesbezüglichen Kritik seitens EU und USA u. a. m. Differenzen existieren in der Frage nach dem Verhältnis von Staat und Religion. Viele *Likud*-Wähler sehen die Dominanz des Rabbinats in Personenstandsfragen als unabdingbar für den Erhalt des Jüdischen im Staat an; die Mehrheit der Anhänger von *Israel Beiteanu* dagegen ist wenig religiös; sie befürwortet ein ziviles Personenstands- und Familienrecht (u. a. zivile Eheschließungen und -scheidungen). Als „Oktoberüberraschung“ erschien vielen Israelis und ausländischen Publizisten daher die am 25. Oktober 2012 von Netanjahu und Lieberman verkündete „Verschmelzung“ beider Parteien und die Bildung einer gemeinsamen Wahlliste namens *Likud Beiteanu* (Koppelung der Namen beider Parteien; die wörtliche Übersetzung wäre, ironisch kommentiert, „Der Likud ist unser Heim“).

Religiöse Parteien

Die 1984 gegründete und seit 1988 in der Knesset vertretene ultraorthodoxe Partei des orientalischen Judentums - *Schas* - entwickelte sich relativ schnell zu einer beachtlichen politischen Kraft. Sie errang 1999 17 Sitze; 2009 zog sie mit 11 Abgeordneten in das Parlament ein. *Schas* war 1992 - 1993, 1996 - 1999 und 2001 - 2012 an Regierungen beteiligt. Die im Frühjahr 2012 angekündigte Rückkehr ihres ehemaligen Parteiführers Arie Deri in die Politik sorgte für Aufsehen. 2000 wegen Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und nach 22 Monaten frei gelassen, galt (und gilt) der Politiker vielen orientalischen Juden als unschuldig verurteilt bzw. als politisch durch das aschkenasische Establishment

„verfolgt“. Innerhalb der Partei war Deri's Comeback zunächst umstritten. Insbesondere sein Nachfolger an der Parteispitze, Eli Jischai, fürchtete den Konkurrenten. Um die bevorstehenden Wahlen jedoch mit einem Stimmenzuwachs zu bestehen bzw. errungene Positionen zumindest zu verteidigen, einigten sich beide letztlich auf eine Doppelspitze.

Die Partei wird im Wahlkampf vor allem soziale Fragen thematisieren. „Eine starke Schas wird soziale Gerechtigkeit bringen“, erklärte Innenminister Jischai. Die Öffentlichkeit verstehe heute, dass Sicherheit nicht nur an den Grenzen verteidigt werden müsse, sondern für den Bürger auch Arbeitsplätze, Einkommen, Gesundheitsfürsorge und Bildung beinhalte (HA, 10.10.12). Mit Blick auf die Gründung des Wahlblocks *Likud Beitenu* erhofft Schas einen Zustrom bisheriger *Likud*-Wähler, die die Positionen Liebermans hinsichtlich der Trennung von Staat und Religion in familienrechtlichen Angelegenheiten nicht mittragen.

Das **Vereinigte Thora-Judentum** (VTJ), die zweite ultraorthodox-religiöse Gruppierung, in der 18. Knesset mit fünf Abgeordneten vertreten, ist eine 1992 gebildete Allianz von zwei Parteien (*Agudat Israel* und *Degel ha-Tora*). Ihre feste Klientel sind die streng religiösen aschkenasischen (europäischstämmigen) Juden, die sogenannten *Charedim* (ca. 10% der israelischen Bevölkerung), konzentriert insbesondere in Wohnbezirken Jerusalems, in Bnei Brak (Großraum Tel Aviv) und in einigen Siedlungen der Westbank. VTJ strebt eine Ausweitung der religiösen Gesetzgebung auf alle Bereiche des täglichen Lebens an, plädiert für die Zurücknahme säkularer Elemente in Staat und Gesellschaft und lehnt westliche Kultureinflüsse bzw. Gesellschaftsmodelle, damit auch den Zionismus, strikt ab. Der Einberufung ultraorthodoxer junger Männer zum Wehrdienst, ein 2012 in Parlament und Gesellschaft heftig diskutiertes Thema, steht die Partei ablehnend gegenüber. Nicht zuletzt aus finanzpolitischen Gründen - staatliche Finanzierung des ultraorthodoxen Schulwesens und sozialer Einrichtungen - beteiligte sich die Partei mehrfach an Regierungskoalitionen, ohne allerdings jemals einen Ministerposten einzufordern.

Alte und neue Parteien der „Mitte“

Im Zentrum des politischen Spektrums stehen - nach jeweils eigener Definition - drei mittelgroße Parteien, über deren Zusammenschluss zu einem

Wahlbündnis in Presse und Öffentlichkeit spekuliert wird. Ihre Führer konnten sich bisher jedoch nicht darüber verständigen, wer eine derartige gemeinsame Wahlliste anführen könnte (und sollte).

Die 2005 durch Ariel Scharon gegründete **Kadima** rekrutiert sich vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern des *Likud* und der Arbeitspartei (*Avoda*). *Kadima* ging aus den Parlamentswahlen 2006 und 2009 als stärkste Kraft hervor (2009 ein Mandat mehr als der *Likud*). Im Mai 2012 trat sie für zwei Monate dem Kabinett Netanjahus bei. In der Kriegsfrage (gegen Iran u. a.) schwankend, unterstützt die Partei, um Israel als Staat mit mehrheitlich jüdischer Bevölkerung zu erhalten, eine Zwei-Staaten-Lösung, d. h. die Gründung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels, begleitet durch Gebietsaustausch; Jerusalem und die großen Siedlungsblöcke sollten in das Staatsterritorium Israels dauerhaft eingegliedert werden.

Aufgrund schwacher Oppositionspolitik und wenig überzeugender nationaler und sozialer Programmatik sank nach Umfragewerten vom Oktober die Zahl möglicher Parlamentssitze vorübergehend auf 7 - 9. Offen ist die Rückkehr Ehud Olmerts (Ministerpräsident 2006 - 2009) und Zipi Livnis (nach Olmerts Rücktritt von September 2008 bis März 2012 Parteivorsitzende) in die Politik sowie das politische Schicksal des derzeitigen *Kadima*-Vorsitzenden Schaul Mofaz.

Die Arbeitspartei (**Avoda**) versteht sich als Nachfolgerin bzw. aktuelle Repräsentantin der einst mächtigen Sozialdemokratie, die die Grundlagen des israelischen Staates legte und ihn bis 1977 führte. Vom *Likud* unterscheidet sie sich durch eine stärker säkulare Orientierung sowie durch moderatere nationale und soziale Artikulation. Ursprünglich der Idee des „demokratischen Sozialismus“ verpflichtet, proklamierte die *Avoda* in den 1980er und 1990er Jahren den Wohlfahrtsstaat als Ziel und die freie Marktwirtschaft als Weg. Die *Avoda*, so ihre Vorsitzende unlängst, gehöre eindeutig ins politische Zentrum und sei nie eine linke Partei gewesen (Haaretz, 9.11.12).

Die Anerkennung der PLO, die Vereinbarungen von Oslo und der Abschluss des Friedensvertrags mit Jordanien in der Regierungszeit Jizchak Rabins ließen die Sozialdemokratie zeitweilig zur zentralen Kraft im Lager der „Tauben“ werden. Nach der Ermordung Rabins 1995 rückte die Parteiführung

jedoch von der Kompromissformel „Sicherheit durch Frieden“ zunehmend ab. Das gesamte Jerusalem solle israelisch bleiben, die Rückkehr zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 und eine palästinensische Armee jenseits der Grenzen Israels seien auszuschließen; die Mehrheit der Siedlungen solle israelischer Hoheit unterstellt bleiben.

Die Wahlergebnisse der 1990er Jahre verdeutlichten den Niedergang der israelischen Sozialdemokratie (1992 - 44, 1996 - 34, 1999 - 26 Parlamentssitze). Seit 2001 beeinflusst die *Avoda* nur noch marginal das politische Geschehen im Land; 2009 errang sie lediglich 13 Mandate. Das Abdriften von Teilen der Partei bzw. der Fraktion in das nationale Lager und der Beitritt zur Regierung Netanjahu - Lieberman (2011 Gründung einer eigenen Partei bzw. Parlamentsfraktion unter Ehud Barak - **Azma'ut**) wurden als Fiasko, bedingt jedoch auch als Chance für einen politischen Neuanfang der Arbeitspartei angesehen.

Neu im israelischen Parteienspektrum ist **Jesch Atid** („Es gibt eine Zukunft“). Ihr Führer, Jair Lapid, ging im Januar 2012 mit einem Gemenge militärischer und sozialer Themen an den Start. Der Sohn des Repräsentanten der antiklerikalen bürgerlichen Partei *Schinui* (1999 - 2006), Tommy Lapid, will konservativen und liberalen Wählern eine politische Plattform bieten. Einen Eintritt in die 33. Regierung - gleich unter welchem Vorsitz - schließt er nicht aus. Unterstützung findet er insbesondere im säkularen aschkenasischen Establishment. Lapid's Wahlrhetorik beinhaltet die Zwei-Staaten-Lösung (bei weitgehender Annexion wichtiger Siedlungsblöcke) und den Erhalt Jerusalems als ungeteilter Hauptstadt Israels.

Die zionistische Linke und Parteien mit mehrheitlich arabischer Wählerschaft

Auf der linken Seite des politischen Spektrums steht **Merez**, 1992 durch Zusammenschluss der linksozialistischen MAPAM, der Bürgerrechtsbewegung RAZ und der liberalen *Schinui* entstanden. Die Partei unterstützte Vereinbarungen mit der PLO, engagiert sich nach wie vor für die Zwei-Staaten-Lösung und kritisiert vehement die israelische Siedlungspolitik. *Merez* setzt sich für einen liberal-säkularen Staat, Gleichberechtigung der Geschlechter und verbesserte Bildungspolitik ein. Die Partei der

gebildeten aschkenasischen Oberschicht errang 1992 zwölf Mandate und trat der Regierung Rabin bei; nach der Zweiten Intifada verringerte sich die Zahl ihrer Abgeordneten dramatisch. Obwohl sich ihr führende Schriftsteller wie Amos Oz oder David Grossman zugehörig fühlen und für sie Wahlwerbung betreiben, errang sie 2009 nur drei Knessetsitze.

Merez sucht insbesondere Wähler, die 2009 für *Kadima* stimmten, zurückzugewinnen. In den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellt sie die sozialen Proteste. Einzig ihre Partei, so die Vorsitzende Zehava Gal-On, schaffe eine Verbindung zwischen der Okkupation und sozio-ökonomischer Gerechtigkeit (HA, 10.10.12). Als sicher gelte, dass *Merez* „nicht in die ausgestreckten Arme Netanjahus fallen und Ultraorthodoxe oder Siedler abküssen wird“ (HA, 22.10.12).

Seit den Wahlen von 1999 sind in der Knesset drei Parteien mit insgesamt 10 - 12 Abgeordneten präsent, die mehrheitlich arabische Anhänger und Wähler vertreten. Die bedeutendste ist die von der Kommunistischen Partei geführte Liste **Chadasch** (Front für Demokratie und Gleichheit). *Chadasch* versteht sich seit ihrer Gründung 1976 als arabisch-jüdisches Bündnis, findet ihre Anhängerschaft heute jedoch vor allem unter palästinensischen Staatsbürgern. Der Erfolg auf der „jüdischen Straße“ ist nicht zuletzt dem Knessetmitglied und Umweltaktivisten Dov Khenin zuzuschreiben. Ihm gelang es während der Kommunalwahlen im November 2008, mit seiner Liste „Eine Stadt für alle“ tausende junge Bürger zu begeistern und in Tel Aviv 34% der Stimmen zur Wahl des Bürgermeisters auf sich zu vereinigen. Den Wahlkampf zur 19. Knesset begann die KPI am 19. Oktober 2012 mit dem Aufruf, der Regierung nicht das Mandat zu erteilen, „das israelische Volk und die Völker der Region erneut in einen gefährlichen Regionalkrieg gegen Iran, Gaza, Libanon und Syrien zu führen“. *Chadasch* werde eine kämpferische Opposition bleiben (Zo Haderekh, 24.10.12).

Während die Vereinigte Arabische Liste (**Ra'am**) – ein Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und der von Ahmed Tibi geführten *Ta'al* - vor allem traditionelle und religiöse Muslime anzusprechen sucht, tritt **Balad** prononciert mit arabisch-nationalistischen Slogans auf.

Alle drei Wahllisten votieren gegen militärische Präventivschläge, setzen sich für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels, die Räumung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und die volle Gleichberechtigung der arabischen Staatsbürger („Israel – ein Staat für alle seine Bürger“) ein. Auf die Regierungsbildung werden sie auch 2013 kaum Einfluss haben. Bei Diskussionen und Abstimmungen in der Knesset jedoch - z. B. über innenpolitische Fragen oder das Schicksal der Siedlungen - ist ihre Stimme von Bedeutung.

Auswirkungen des „israelischen Sommers 2011“ auf die politische Landschaft

Im Vorfeld des Wahlkampfes wird die Frage diskutiert, wie sich die soziale Protestbewegung des Sommers 2011 auf das politische Umfeld auswirkt. Mehrere Parteien bemühen sich, bekannte Protestaktivisten in ihre Reihen zu ziehen, und versprechen ihnen gute Listenplätze. Yossi Yona, Stav Shaffir, Daphni Leef, Itzik Shmuli und Oren Pasternak - um nur einige Namen zu nennen - schlossen sich Shelly Jachimowitsch bzw. der Arbeitspartei an. Stav Schaffir erklärte z. B., sie gehe in die Politik, „um gesellschaftliche Grundrechte zu verteidigen“. Im letzten Jahr habe sie gelernt, „dass die Stimmen von 500.000 Menschen in den Straßen das System nicht verändern“ könnten (JP, 14.10.12).

Andere Aktivisten blieben „ihrer“ politischen Heimat - z. B. *Merez* und *Chadasch* - treu oder hoben neue „Protestparteien“ aus der Taufe. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass **Erez Chadascha** (Ein neues Land), fokussiert vor allem auf die Arbeit mit sozialen Medien und Transparenz, oder die Partei **Zedek Chevraati** (Soziale Gerechtigkeit), die soziale Forderungen mit Protesten gegen Rassismus zu verbinden sucht, die politische Landschaft zu verändern vermögen. Ihre Wahlaktivitäten dürften die etablierten Parteien nicht ernsthaft in Frage stellen, könnten sie jedoch herausfordern, soziale Themen in den Wahlplattformen stärker zu verankern. Nach den Sozialprotesten des israelischen Sommers 2011 wird keine Partei völlig auf die „soziale Agenda“ verzichten können, solange sie gewillt ist, breitere Wählerschichten, insbesondere den Mittelstand, zu gewinnen.

Aus den sozialen Protesten hervorgegangen ist eine Initiative zur Erhöhung der Wahlbeteiligung. Seit 1999 blieb durchschnittlich etwa ein Sechstel

der Stimmberechtigten den Wahllokalen fern. Umfragen zufolge handelte es sich dabei zumeist nicht um potenzielle Unterstützer rechter oder religiöser jüdischer Parteien. Während in den israelischen Siedlungen der Westbank 2009 zwischen 75% und 87% der Stimmberechtigten (zumeist rechtslastig) für die Knesset votierten, lag die Wahlbeteiligung der arabischen Staatsbürger durchschnittlich bei nur 52%, in kleineren Ortschaften sogar unter 40%. *Get Out the Vote Campaign* wendet sich daher nicht zuletzt an die arabischen Staatsbürger, sich durch Stimmabgabe für ihre legitimen Interessen einzusetzen und nicht den Rechten das Feld zu überlassen.

Prognosen: Realitäten versus „Prinzip Hoffnung“

Der Kampf um die Gunst der Wähler begann am Tag der Auflösung der 18. Knesset. Umfragen, Stimmungsbilder und das Tauziehen um prominente Persönlichkeiten sowie Spekulationen über mögliche Koalitionsbildungen prägen seitdem den öffentlichen Diskurs. Anfänglich herrschte die Meinung vor, Benjamin Netanjahu sei ohne ernsthaften Herausforderer und es sei ein „langweiliger“ Wahlkampf zu erwarten. Gegenwärtig richtet sich die Aufmerksamkeit jedoch zunehmend auf die Möglichkeit, dass ein Zentrumsblock entstehen und sich als starke Opposition formieren könne. Steht Israel somit vielleicht doch ein spannender Urnengang bevor?

Meinungsumfragen und Pressестimmen

Den Bewegungen im politischen Spektrum zum Trotz dominiert in allen Umfragen die israelische Rechte. *Likud Beitenu* werden zwischen 37 und 44 Mandate zugetraut. Gemeinsam mit den religiösen Parteien (*Schas*, VTJ) und der extremen Rechten (*Bajit Jehudi/Ichud Leumi*) käme der „Block der Extremisten“ (HA, 26.10.12) auf eine klare Mehrheit von 66 – 68 Abgeordneten. Ihm gegenüber stünde eine Mitte-Links-Opposition von 52 - 54 Mandatsträgern, darunter 12 - 15 Abgeordnete von *Merez* und Parteien mit mehrheitlich arabischer Wählerschaft. 61 Sitze für den „nichtrechten Flügel“ zu erreichen, gilt als „mission impossible“, sollte jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden, so der Schriftsteller Sefi Rachlewsky (Haaretz, 10.10.12).

Die Herausbildung eines stärkeren Mitte-Links-Blocks könnte Netanjahu somit schlaflose Nächte bereiten, meinen viele Analysten. Während sich die

Kadima-Partei, in der 18. Knesset Oppositionsführerin, offensichtlich im Zerfallsprozess befindet und eine nur geringe Zahl von Sitzen erreichen dürfte, belegen Meinungsumfragen einen achtbaren Stimmenzuwachs für die Arbeitspartei (*Avoda*), deren Fraktion von gegenwärtig acht auf annähernd 22 anwachsen könnte. *Jesch Atid* werden zumindest 13 Mandate zugetraut.

15 bzw. 10 Wochen vor den Wahlen ergaben Umfragen folgende Prognosen:

Partei/Wahlliste	Wahlergebnisse 2009	Umfrage 12.10.2012 (Israel Hajom)	Umfrage 2.11.2012 (Jerusalem Post)
Likud + Israel Beitenu Likud Beitenu	27 + 15	29 + 15	37
Kadima	28	7	3
Avoda	8	20	22
Azma'ut (Ehud Barak)	5	0	2
Jesch Atid	-	13	13
Schas	11	11	12
Extreme Rechte (Bajit Jehudi/Ichud Leumi)	7	7	9
VTJ	5	5	6
Merez	3	4	5
Chadasch	4	4	4
Ra'am	4	2	4
Balad	3	3	3

Der am 8. November 2012 von der ehemaligen *Kadima*-Vorsitzenden Zipi Livni öffentlich gemachte Vorschlag, der 89jährige Shimon Peres solle als Staatspräsident zurücktreten und sich als Führer des Zentrumblocks zur Verfügung stellen bzw. als künftiger Premier antreten, mag makaber klingen, lässt jedoch erkennen, dass in der politischen Mitte zur Zeit kein charismatischer Politiker existiert, der Netanjahu herausfordern könnte. Der „israelische Barack Obama“ sei noch nicht geboren, meint Haaretz-Journalist Gideon Levy. Innerhalb der verbleibenden zwei Monate jedoch, so die israelische Erfahrung, kann sich die Stimmungslage noch verändern. Darauf setzen verständlicherweise vor allem die Parteien links von *Likud Beitenu*.

Szenarien für Regierungskoalitionen nach der Wahl zur 19. Knesset

Drei Realoptionen für die Bildung der 33. israelischen Regierung liegen im Bereich des Möglichen:

- Ein erneutes **Bündnis der rechten und religiösen Parteien**, d. h. von konservativ-nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Kräften, dem Muster der 32. israelischen Regierung entsprechend

und mit Benjamin Netanjahu als Ministerpräsident bzw. Avigdor Lieberman als Außenminister („Bieberman-Kabinett“), gilt als primäre Denkvariante. Es dürfte die bisherige Innen- und Außenpolitik fortsetzen und auf drängende innergesellschaftliche, regionale wie internationale Herausforderungen kaum neue Antworten anbieten. Die 33. Regierung Israels bliebe, wie ihre Vorgängerin, in sich gespalten und widersprüchlich. Probleme zwischen den nicht- bzw. antireligiösen Kräften in

der Partei Liebermans und den Ultraorthodoxen von *Schas* und VTJ, sowohl in der Familiengesetzgebung als auch im Ringen um das Budget, wären vorhersehbar.

- Als zweite Option erscheint eine **Rechts-Mitte-Regierung**, geführt von *Likud Beitenu*, unter Verzicht auf beide ultraorthodoxe Parteien, wahrscheinlich auch auf die extreme Rechte (*Bajit Jehudi/Ichud Leumi*), jedoch unter Einbeziehung einer oder mehrerer Zentrumsparteien (*Jesch Atid*, *Avoda*, *Kadima*) möglich. Der „großen Koalition nichtreligiöser Parteien“ würden sich innenpolitisch größere Spielräume öffnen. In Budgetfragen müsste sie nicht ständig auf die Forderungen von VTJ und *Schas* Rücksicht nehmen. Zugleich könnte sie die dringend anstehende „Modernisierung“ im Verhältnis von Staat und Religion (Personenstandsfragen, Wehrdienst u. a.) und möglicherweise die Reform von Exekutive und Judikative vorantreiben. Zu bedenken wäre freilich die starke Opposition der Ultraorthodoxen wie auch ein Überwechseln nicht weniger (orientalisch-religiöser) *Likud*-Anhänger ins *Schas*-Lager.

- Weitgehend unwahrscheinlich ist eine **Mitte-Links-Koalition** - das primär angestrebte Szenario der Zentrumsparteien. Eine solche Politikvariante würde die Möglichkeit implizieren, neue Zugänge zu den Kernproblemen der israelischen Innen- und Außenpolitik zu finden, das Verhältnis zu den USA, zu Westeuropa und einigen Staaten der Region (z. B. Ägypten, Jordanien und Türkei) zu verbessern, sich für einen Kompromiss mit den Palästinensern zu öffnen und neue Ansätze in der sozialen Frage zu finden. Als Hauptprobleme erweisen sich offensichtlich der Mangel an ideell-politischer Einigkeit und das Fehlen einer Führungspersönlichkeit, die aus „Wunschdenken“ Realität werden lassen könnte. Parteipolitiker „mittlerer Reichweite“ wie Zipi Livni, Ehud Olmert und Schaul Mofaz (*Kadima*), Shelly Jachimowitsch (*Avoda*) oder Jair Lapid (*Jesch Atid*) zumindest bringen sich als Zentrumsführer zurzeit in Stellung. Kritische Journalisten werten dennoch als Hauptversäumnis, „dass bisher weder eine politische Kraft noch eine Partei oder Person im politischen System aufgetaucht sind, die eine ernsthafte Opposition zu dem, was Bibi verkörpert, darstellen könnten“ (HA, 26.10.12).

Israelische Zukunftssichten

Von den drei skizzierten politisch *möglichen* Optionen für die nächste israelische Regierung gelten die beiden erstgenannten - wie bereits dargelegt - als am *wahrscheinlichsten*. Das jedoch würde die Fortsetzung des Rechtstrends in Gesellschaft und Politik wie auch der Ministerpräsidentenschaft Benjamin Netanjahus bedeuten. Israel müsse sich auf die Etablierung von „Bibi's third kingdom“ vorbereiten, schreibt Yoel Marcus in Haaretz am 26. Oktober 2012. Keiner der Widersprüche und drängenden Problemfälle der israelischen Innen- und Außenpolitik würde einer Lösung näher rücken, da die Interessenlage der Rechten jeden tragfähigen Kompromiss zu verhindern scheint - so zumindest die Erfahrungen mit der letzten Regierung.

- Die „prophylaktische Sicherheitsoffensive“, d. h. ein Militärschlag gegen Iran, würde ins Feld des Realen rücken - auch wenn Barack Obama und die Westeuropäer weiterhin auf politische statt militärische Lösungen setzen sollten. Der US-Präsident und nicht wenige der europäischen Premiers würden im ihnen aufgezwungenen Kriegsfall nicht umhin können, sich mit Israel zu

solidarisieren bzw. ihm konkrete politische und militärische Unterstützung zu geben. Da zudem Operationen gegen *Hamas/Gaza*, *Hisbolla*/Libanon und das syrische Regime (oder einzelne israel-feindliche islamistische Assad-Gegner) nicht ausgeschlossen sind, ist mit Zuspitzungen der politischen Situation in der Nahostregion und der Gefährdung der mühsam austarierten internationalen und regionalen Machtbalancen zu rechnen.

- Eine erneute israelische Rechtsregierung bzw. die Fortsetzung der im 32. Kabinett praktizierten politischen Agenda könnte die internationale Isolierung Israels vertiefen. Benjamin Netanjahu hatte sich zudem unmittelbar und umfassend - z. B. über den US-Milliardär Sheldon Adelson - auf Seiten Romneys in den amerikanischen Wahlkampf eingemischt mit dem Ziel, eine zweite Präsidentschaft Obamas zu verhindern. Auch wenn der wiedergewählte US-Präsident - so israelische Medienstimmen - darauf verzichten dürfte, Netanjahu „abzustrafen“ (immerhin bezeugten 70% der jüdischen Wähler in den USA Obama ihr Vertrauen) und das strategische Bündnis USA-Israel nur geringfügig beschädigt zu sein scheint, wird es zumindest „politisch-psychologisch“ angespannt bleiben. Rechtsnationalistische Argumentation und Politik könnten darüber hinaus die antiisraelische bzw. antisemitische Stimmungslage in Europa, im arabischen Umfeld und in anderen Regionen verstärken.
- Die Fortsetzung von Netanjahu's Regional- und Siedlungspolitik würde weiterhin jede Regelung des Konflikts mit den Palästinensern und jedes kompromissorientierte Denken (z. B. Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung) blockieren. Der Weg in Richtung einer großisraelischen Ein-Staats-Variante oder eines Apartheidstaates wäre geebnet, hätte als Konsequenz freilich einen Trend in Richtung eines binationalen Staates mit - sehr bald - arabischer Bevölkerungsmehrheit. Neue Zuspitzungen im Konflikt (Dritte Intifada, verbunden mit israelischen Strafaktionen) lägen im Bereich des Möglichen. Die Bitte der Palästinensischen Autonomiebehörde an die UNO, ihr in der Weltorganisation den Status eines *Observer State* zu verleihen, wurde seitens mehrerer Repräsentanten der gegenwärtigen israelischen Regierung zumindest dahingehend beantwortet, dass der Bau bzw. der Ausbau von Siedlungen

in diesem Falle umfassend verstärkt würde. Die Wiederaufnahme von Verhandlungen wird somit nicht im Selbstlauf geschehen oder primär von den nahöstlichen Kontrahenten getragen sein; sie bedarf drastischen internationalen Drucks. Die vielfach geäußerte Erwartung in neue Nahost-Impulse der US-Administration, so die Befürchtung, könnte sich als blutleeres „Prinzip Hoffnung“ erweisen.

- Wie bereits in der 18. Knesset vorexerziert und durch die 32. Regierung praktiziert, würden innere Sicherheit und Demokratie ein Spielball partieller Machtinteressen bleiben. Das beträfe insbesondere das Verhältnis der jüdischen Majorität zur großen arabischen Minderheit (20% der Bevölkerung), zu den *Charedim* oder zu den Randgruppen der Gesellschaft (Beduinen, Zuwanderer, Flüchtlinge), insbesondere jedoch die Infragestellung der Zivil- bzw. Bürgergesellschaft und den Erhalt liberaler Rechtsnormen. Israel würde weiter von der ursprünglichen Gesellschaftsprogrammatik des Zionismus abrücken, zumindest von dessen sozialen und liberalen Komponenten.
- Selbst eine - gemessen an internationalen Trends - relativ „gesunde“ Wirtschaftsentwicklung dürfte wenig zu sozialer Sicherheit bzw. einer ausgeglichenen Sozialpolitik beitragen. Eine Rechtsregierung unter Benjamin Netanjahu bliebe gewiss bemüht, die Eigentumsverhältnisse und Verteilungsprinzipien im Lande zu zementieren und die neoliberale Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Die Vergrößerung der Schere zwischen Reich und Arm und neue soziale Proteste (möglicherweise in aggressiveren Formen) könnten das Ergebnis sein.

Fazit: Politik *ereignet* sich nicht einfach; sie wird von Menschen *gemacht*. Subjektive Faktoren und Persönlichkeit spielen in ihr eine prägende Rolle. Jähe politische Wendungen in Richtung sozialen bzw. gesellschaftlichen Fortschritts wären von einer neuen Netanjahu-Lieberman-Regierung kaum zu erwarten. Der (aktuelle und wahrscheinlich auch nächste) israelische Premier hat sich andererseits in der Vergangenheit als - mitunter zaudernder - Taktiker und als Meister der pragmatischen Aktion, notfalls auch des machtorientierten Kompromisses,

erwiesen. Insbesondere in einer „nationalen Einheitsregierung“ - der zweitgenannten Option - dürfte er diese Flexibilität dringend benötigen.

Die Beantwortung der Frage, wer in Israel die nationalen Interessen am besten zu bedienen vermag, sei offen gelassen. Das rechte Lager nimmt dieses Prädikat wortgewaltig für sich in Anspruch, verbunden mit der Verdächtigung vieler linksdemokratischer Staatsbürger als „Vaterlandsverräter“ oder „Nestbeschmutzer“. Dennoch verfügen die Kräftegruppierungen links des Rechtsblocks über ein bedeutendes Potenzial, nicht nur außen- und regionalpolitisch im echten Interesse Israels zu agieren, sondern militärische Sicherheit auch durch politische und soziale Sicherheit zu untersetzen. Das würde Israel im Nahen Osten fester verankern und sein internationales Prestige bedeutend erhöhen.

Unabdingbar wird die Formierung einer ernsthaften Opposition sein, die im Wahlkampf, in der 19. Knesset und auf der Straße couragiert *ihre* Akzente setzt und die etablierte Politik kritisch begleitet. Eine vitale kämpferische Opposition sei keine Abstrafung, so die Journalistin Anat Saragusti, sondern das Herzstück des parlamentarischen Systems (HA, 8.11.12). Für links oder in der Mitte des politischen Spektrums zu verortende Kandidaten ergibt sich aus der aktuellen Kräftekonstellation die wichtige Schlussfolgerung bzw. die Aufgabe, unbedingt einen starken Gegenpol zur Rechtsregierung zu formieren, um dem Abbau der Demokratie wie auch sozialer Netze und Errungenschaften, vor allem jedoch jedem kriegerischen Abenteuer, zu widerstehen, politische Entscheidungen nachhaltig zu beeinflussen und der Hoffnung eine Chance zu erhalten.

Impressum:

Rosa Luxemburg Foundation (CC) • Israel Office

Address: 26 Nahmani St • Tel Aviv 66794

Mailing Address: P.O.B. 536 • Tel Aviv 61004 • Israel

Phone: 03-6228290 • Fax: 03-6855632 • Email: office@rosalux.co.il